

Recht zu verwirklichen, die Benutzung des Bodens im Sinne des Allgemeininteresses zu regulieren und Spekulation zu verhindern« – dieses Zitat aus Artikel 47 der spanischen Verfassung entstammt dem Gründungsmanifest (2003) der *Plataforma por una Vivienda Digna* (Plattform für ein Wohnen in Würde).

In diesem Manifest operiert der Verfassungsartikel als rhetorische Kontrastierung, um zu artikulieren, dass Behörden, Parteien und Regierung das prinzipielle Recht auf Wohnen »systematisch ignorieren«, ja die »demokratischen Mechanismen« aushebeln, um diesen Verfassungsartikel konkret zu verwirklichen (Vivienda Digna 2003). Wie schon im Manifest von »Echte Demokratie Jetzt« erscheinen die politisch-ökonomischen Eliten als die eigentlichen Systemkritiker. Ihr politisches und ökonomisches Handeln wird durch das Zitat des Verfassungsartikels so gerahmt, dass es zur Antithese der geltenden demokratischen Grundsätze mutiert.

Um diesen Zuständen entgegenzuwirken, schlägt *Vivienda Digna* drei Arten von Maßnahmen vor: die Erhöhung der öffentlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau und die Förderung bezahlbarer Mieten; der Einsatz von Kontrollmechanismen, um die Spekulation im Immobiliensektor einzudämmen – sowohl im Bereich des Wohnungsneubaus als auch gegen Hypothek- und Mietwucher; die Schaffung neuer Behörden und Gesetze, um diese nachhaltige Wohnpolitik zu verwirklichen (vgl. ebd.). In reformerischer Manier plädiert also das Manifest dafür, den Immobiliensektor sozialstaatlich einzudämmen, um das Recht auf Wohnen umzusetzen. Die politischen Institutionen werden zur Rechenschaft gezogen, von ihnen wird verlangt, dass sie ihren prinzipiellen Ansprüchen gerecht werden. Basale Gerechtigkeitsansprüche sind gegen ein politisches System zu verteidigen, das sie abstrakt postuliert, doch nicht implementiert. Auf diese Weise nimmt erneut eine *immanente* Kritik Gestalt an. Sie verteidigt die in der Verfassung postulierten Werte der spanischen Demokratie gegen ihre Aushöhlung durch eine antagonistische Koalition politischer und ökonomischer Instanzen. Im Ist-Zustand steckt eine normative Dimension, die der Einlösung harrt – und zwar durch jene, die nicht in den politischen Institutionen stehen, sondern diese *von außen* be- und hinterfragen.

2.3 Antagonismus und Identität (II): die Demokratie und ihre Repräsentanten

Die immanent ansetzende Kritik, die auf die Postulate der spanischen Verfassung rekurriert, um ein vermeintliches Grundrecht wie das auf Wohnen zu verteidigen, geht einher mit der absoluten Disqualifizierung der politischen und ökonomischen Eliten und deren Stilisierung als einer antagonistischen Koalition, die in einem polaren Gegensatz zu den einfachen Leuten steht. Beide rhetorischen Bewegungen, die immanent ansetzende und die verabsolutierende Kritik, finden in den Manifesten der Plattformen statt, die sich für ein Recht auf Wohnen engagieren. Offen bleibt allerdings: Wie stark fällt der Antagonismus zwischen den vermeintlichen Eliten und der noch vage bleibenden Wideridentität aus? Ist der Gegensatz von »oben gegen unten« eine eher partielle Grenzziehung, die nur partikuläre Politikbereiche wie die Wohnpolitik betrifft? Oder ist sie eine absolute Grenzziehung, welche die spanische Gesellschaft prinzipiell in zwei Teile spaltet? Um diese Frage zu diskutieren, ist jetzt die Haltung der Empörten gegenüber der repräsentativen Demokratie zu rekonstruieren.

Dafür ist zunächst die Position der Plattform *No les votes* (Wähle Sie nicht) aufschlussreich. Die Gruppierung entsteht Anfang 2011 als Protest gegen ein kontroverses Gesetzesvorhaben, das als *Ley Sinde* bekannt wird und die sozialistische Regierung unter Präsident José Luis Rodríguez Zapatero im März 2011 mit Unterstützung des konservativen PP und der konservativ-katalanistischen Regionalpartei CiU verabschiedet. Die *Ley Sinde* wird deshalb bekannt und umstritten, weil sie vorsieht, die Internetbenutzung verstärkt zu reglementieren und Verstöße gegen das Urheberrecht (etwa illegale Downloads) ohne gesonderte strafrechtliche Anordnung zu verfolgen. Die Plattform *No les votes* deutet das Gesetz als ein direktes Ergebnis der Lobbyarbeit der großen Internet- und Medienkonzerne und als fundamentale Beschränkung der Freiheitsrechte im Netz. Das Positionspapier von *No les votes* kombiniert eine radikale Kritik an den Parteien – wie sie bereits im Plattformnamen anklingt – mit dem Plädoyer für eine demokratische Ermächtigung von unten. Wie zuvor bei der Wohnfrage werden auch hier die politischen Repräsentanten bezichtigt, ihrem prinzipiellen Auftrag nicht gerecht zu werden:

Wir von *No les votes* erachten, dass PSOE, PP und CiU ihre Kernverpflichtung gegenüber den Bürgern aufgegeben haben: die Verfassung zu verteidigen, gegenüber der sie Treue schworen oder versprochen. Die *Ley Sinde* stellt das Internet unter eine außergewöhnliche Gesetzgebung, welche die Meinungs- und Informationsrechte stark einschränkt und faktisch unter richterliche Vormundschaft stellt. Eine gesteigerte politische Kontrolle des Internets ist die Folge. (No les Votos 2011, H. i. O.)

Die Passage zeigt, dass die Kritik gegen die Volksparteien, die dieses Gesetz ausgearbeitet und verabschiedet haben, *nicht* mit einer absoluten Ablehnung der parlamentarischen Demokratie oder des existierenden politischen Systems äquivalent gesetzt wird. Der prinzipielle Anspruch von *No les votes* weist in eine andere Richtung. Es liegt bei den Bürgern, derart ungerechten Gesetzen Einhalt zu gebieten – und zwar indem sie sich nicht von der institutionellen Politik abwenden, sondern sich dieser erneut zuwenden. *No les votes* fordert nicht die Wahl für eine konkrete Partei, auch keinen weißen Stimmzettel¹³ oder eine Enthaltung, sondern formuliert stattdessen einen mehrdeutigen Satz: »Deine Entscheidung ist wichtig.« (Ebd.) Der Begriff »Deine Entscheidung« besitzt eine metapragmatische, d.h. indirekte Handlungsaufforderung, die sich in zwei Richtungen auslegen lässt. Die Entscheidung kann sich auf eine neue Wahlentscheidung für eine alternative politische Formation beziehen, die gegen die *Ley Sinde* votiert. Überdies weist der Satz aber auf einen Topos der politischen Aktivierung. Der Subtext im Zitat ist, dass sich die Bürgerinnen selbst informieren müssen, dass sie aktiv werden müssen, um eine Alternative zur *Ley Sinde* zu bewerkstelligen. Diese politische Ermächtigung der Bürgerschaft geht einher mit der Forderung nach einer Entmachtung der politischen Repräsentanten. Letzteren wird die Legitimität, kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen,

13 In Spanien gibt es die Möglichkeit, mit einem weißen Stimmzettel das prinzipielle Interesse – und Engagement – für den demokratischen Wahlgang zu bekunden, jedoch zugleich die Unzufriedenheit gegenüber allen politischen Listen kundzutun, die an der Urne antreten.

entzogen, um sie stattdessen den Betroffenen zuzuschreiben.¹⁴ In dieser Hinsicht wird die repräsentative Demokratie nicht explizit in Frage gestellt, aber in ihre Grenzen verwiesen. Die Aufmerksamkeit lenkt sich darauf, dass der Ort der Souveränität nicht bei den Parteien, sondern bei einem noch unbezeichnet bleibenden Volkssubjekt liegt. Immer noch wird, wie beim Manifest von *Democracia Real Ya*, mit dem Personalpronomen *tú* (Du) ein tendenziell individualistischer Appell lanciert und die explizite Konstruktion einer Wir-Identität gemieden.

Das Kollektiv *No les Votes* ist zwar eine einflussreiche Vorreiterbewegung und Mitorganisatorin der ersten Empörtenproteste, doch nicht mit diesen gleichzustellen. Wie steht es um das Verhältnis der Indignados selbst zu den politischen Repräsentanten? Als Annäherung dazu lohnt der Blick auf das vielfältige Konglomerat der Mottos und Tweets, die in den ersten Protestwochen spontan und unkoordiniert entstehen.¹⁵ Unter den hunderttausenden Kurzbotschaften, die im Netz sowie auf den Straßen und Plätzen der spanischen Städte zirkulieren, werden gewisse Aussagen und Motive besonders prominent. Die Kritik am politischen System und den demokratischen Repräsentanten verdichtet sich rund um drei Diskursstränge, entlang derer sich die exemplarischen Mottos der Empörtenproteste aufschlüsseln lassen.

An erster Stelle steht der Diskursstrang, der die politische Repräsentation absolut in Frage stellt. Er versinnbildlicht sich im wohl populärsten Motto der Empörten, der im virtuellen und physischen Raum über Jahre hinweg populär bleibt: *No nos representan!* (Sie repräsentieren uns nicht!) Dieser Ausruf, der auf Demonstrationen oftmals zur größeren Emphase als Anapher gebraucht wird (*Que no, que no, que no nos representan!*) zieht eine Grenze zwischen einer Wir-Identität – »uns« – gegenüber »ihnen«, den Repräsentanten, die nicht mehr als Repräsentanten betrachtet werden. Die Wir-Identität wirft dabei ihre vormalige Passivierung (»wir werden repräsentiert«) ab und erfährt eine Aktivierung, die sich gegen ihre politische Vertretung zur Wehr setzt. Trotzdem bleibt der Ausruf konsequent mehrdeutig, erlaubt er doch radikalere wie gemäßigte Identifikationen. Radikale Lesearten nehmen ihn zum Anlass, um die parlamentarische Demokratie in ihrer Gänze abzulehnen. Die Alternative zur repräsentativen Demokratie wird dann eine direkte Demokratie, in der sich die Stimmabgabe nicht delegieren lassen kann, weil sie nur vor Ort betrieben werden kann. Die entscheidenden politischen Fragen werden in Situationen einer körperlicher Ko-Anwesenheit in Versammlungen festgesetzt, debattiert und entschieden. Ein Tweet der Protestierenden auf der Plaça Catalunya weist in diese Richtung: »Die Politik darf nicht professionell, sondern volkstümlich sein. Sie muss von Dir, Deinem Nachbarn, von jungen Menschen gemacht werden.«¹⁶ Ein anderer populärer Slogan, *El pueblo unido funciona sin partidos* (das vereinte Volk funktioniert

14 In diesem Sinne betont das Schlussplädoyer von *No les votes*: »Wir bitten Dich darum, dass Du die Freiheit im Netz mit Deiner Stimme verteidigst und jenen Deine Unterstützung entzieht, die mit ihren Handlungen eine Abstrafung an den Urnen verdient haben.«

15 Dazu als Überblick: Álvarez-Peralta 2014, Laraña/Díez 2012, mit mehr Distanz: Fernández 2021: 26–48.

16 Dazu und zu den vielen weiteren Tweets, Slogans und Plakaten, die beim Protestcamp auf der Plaça Catalunya entstanden: RT#15M (2011).

ohne Parteien) ist paradigmatisch für diese totale Ablehnung der institutionellen Politik gemeinsam mit ihren Repräsentanten und Institutionen (dazu: Kap. III.3.b).¹⁷

Gemäßigtere Positionen hingegen fassen das »Sie repräsentieren uns nicht« als konkrete Kritik an den aktuellen Repräsentanten, in erster Linie an den beiden Volksparteien, den Konservativen des PP und den Sozialisten des PSOE: *Ni PSOE ni PP* (Weder PSOE noch PP), *PSOE y PP, la misma mierda es* (PSOE und PP, das ist die gleiche Scheiße) oder *Entre capullos y gaviotas nos han tomado por idiotas* (Zwischen Knospen [PSOE-Emblem] und Möwen [PP-Emblem] haben sie uns für dumm verkauft). Diese Mottos und Tweets verdeutlichen eine tiefe Entfremdung gegenüber den tradierten Parteien. Eine prinzipielle Abwendung vom Parlamentarismus und den Parteien folgt aus dieser Kritik jedoch noch nicht. Wird die Repräsentation allgemein oder diese konkrete Repräsentation in Frage gestellt? Der Ausruf *No nos representan!* macht beides prinzipiell möglich und vertretbar. Auf diese Weise wird die Repräsentationskritik zu einem Knotenpunkt, der 2011 und in den Folgejahren die Formel einer grundsätzlich mehrdeutigen Kritik am politischen System wird.

Nun verweist, zweitens, die Kritik an der Repräsentation, in ihrer direktdemokratischen genauso wie ihrer reformistischen Variante, auf einen weiteren Diskursstrang: die Abgrenzung von einer Ordnung, die scheinbar keine demokratischen Alternativen mehr zulässt. Das Motto von *Democracia Real Ya*, »Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankern«, lässt schon anklingen, wie die Privatwirtschaft und die institutionelle Politik als ein Herrschaftskomplex gelesen werden, der jede Infragestellung als undemokratisch ausgrenzt. Deutlich machen dies Slogans, die auf der Puerta del Sol wie der Plaça Catalunya prominent werden: »Warum haben die Banken das Sagen, wenn ich sie nicht gewählt habe? Nein zur Finanzdiktatur«, »Wo ist die Linke? Hinten rechts«, *No hay pan para tanto chorizo* (sinngemäß: Zu wenig Brot für zu viele Diebe) oder der Tweet vom 24.5.2011: »Ein geschickter Plan: Erst schufen sie die Krise, dann meinten sie, dass sie unvermeidbar sei, dann wollten sie, dass wir dafür bezahlen. Alles eine große Lüge!« (zur Auswahl: RT#15M, Pérez-Vicente 2013: 582f.).

Die Zitate zeigen, dass die Repräsentationskritik an einer weit größeren Ablehnungsgeste partizipiert: Die geltende Ordnung wird als ganze *delegitimiert*, sie wird als ein Herrschaftszustand gedeutet, von dem nur eine Elite profitiert. Ein finanzbasierter Kapitalismus scheint politische Entscheidungen entweder überflüssig zu machen oder diese so stark zu verzerren, dass sie sich vom demokratischen Willensbildungsprozess entkoppeln (»Warum haben die Banken das Sagen, wenn ich sie nicht gewählt habe?«). Die herrschenden Schichten zeichnet eine moralische Verderbtheit aus. In verschwörungstheoretischer Manier wird wiederkehrend betont (etwa im Tweet »Ein geschickter Plan [...]«), wie die Eliten ihre eigene Agenda auf dem Rücken der Bevölkerung verfolgen und im gramscianischen Sinne ihre Privatinteressen als Allgemeininteressen verschleiern. Dies läuft auf die Entfremdung der Protestler gegenüber dem gesamten Status quo hinaus. Es gibt keine Versöhnungsmöglichkeit gegenüber den Eliten.

17 Diese direktdemokratische Aufladung der Repräsentationskritik wird während des gesamten Protestzyklus und sogar in den Parteien, die aus den Empörtenprotesten entstehen, einflussreich bleiben (dazu: Kap. V.5).

Drittens äußert sich der Antagonismus zwischen den politischen Repräsentanten und den Indignados darin, dass die Handlungsmacht umgedreht wird. Den Berufspolitikern wird die politische *Agency* abgesprochen – und dafür an die neue Wir-Identität übergeben. Dieser Übergang wird markiert mit der Gegenüberstellung der Personalpronomen »Sie« und »Wir« sowie »Ich«. Die Botschaft dabei: Sie, Politiker und Eliten, stehen uns/mir nicht nur gegenüber, sie werden auch symbolisch von uns/mir entmachtet. Diese Entmachtungsgeste äußert sich beispielhaft in Mottos wie: »Ich zeige Ihnen die rote Karte«, »Ich bin müde geworden, Parteien zu wählen, die mich anwidern, damit nicht Parteien gewinnen, die mich beängstigen« oder »Weder Seite a noch Seite b, wir möchten jetzt die Platte wechseln.« (RT#15M)

Auffallend ist der wiederholte Rückgriff auf *Metaphern*, um diese Entmachtung zu beschreiben. Auf eine klassisch ideologisch geprägte Sprache wird verzichtet. Hingegen sind Ausdrücke wie »die rote Karte zeigen« oder »die Platte wechseln« zwar weniger explizit politisch aufgeladen, bieten aber zugleich eine sehr breite Identifikationsfläche – die Signifikanten wie Räte Demokratie, Kommunismus oder Anarchie ob ihrer Begriffsgeschichte nicht erreichen könnten. Allerweltsmetaphern, die im Commonsense eingelassen sind, werden aufgegriffen und politisierend umgedeutet. Als solche machen sie die Polarisierung zwischen der Bevölkerung und »den Eliten« allgemein nachvollziehbar und geben ihr vieldeutige, häufig ironische Wendungen. Die Kernbotschaft ist unmissverständlich die, dass der Wandel von unten kommt. Die Souveränität gehört denen, die protestieren und denen, die sich vom Protest interpellieren lassen.

Doch wohin soll der Wandel gehen? Eine grundlegende Forderung wird bereits in diesen frühen Slogans der Indignados kenntlich. Es ist die Forderung nach *mehr Demokratie*. So etwa: »Sie nennen es Demokratie, aber sie ist es nicht«, »Wenn sich mit Wahlen wirklich etwas verändern ließe, dann wären sie verboten« oder »Error 404. Democracy not found«. Die Fehlermeldung (»Error 404«) spielt mit der Computermetapher. Ein zentrales System scheint dysfunktional geworden, taucht doch die zitierte Fehlermeldung stets dann auf, wenn wichtige Dateien oder Programme ausgeführt werden sollen, aber nicht ausgeführt werden können. Die Botschaft lautet: Die Demokratie, nach der wir suchen, gibt es nicht mehr. Das System, das sie garantieren müsste, schafft es nicht mehr. Gelingt es vielleicht uns, die Demokratie zu erneuern?

2.4 Unten gegen oben, Demokratie gegen Despotie

Die bislang gesichteten Dokumente der Indignados und ihrer Vorläuferbewegungen laufen auf eine doppelte Grundbewegung zu: Einerseits wird eine breite Wir-Identität, eine neue Kollektivität, als Gegenspieler eines »Sie«, die ökonomischen und politischen Eliten, konturiert. Andererseits steht der prinzipielle Anspruch auf Demokratie einer Ordnung gegenüber, die durch von Habgier geprägte Privatinteressen und die Unterordnung des politischen Systems unter eben diese Interessen geprägt wird. Auf der einen Seite stehen das Volk und die Demokratie, auf der anderen die Eliten und ein despotischer Herrschaftszustand – so, in nuce, die Kerneinsicht der Diskursanalyse der Empörtenproteste bis hierin. Dabei ist zu unterstreichen, dass die Signifikanten *el pueblo* (das Volk) oder *despotismo* bzw. *despótico* (Despotie/despotisch) kaum je explizit als solche gebraucht werden. Die Indignados konstruieren die Volkssignifikanten nicht in der strate-